

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volksehrwürdigen Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Samml.-nummer 72208. **Vollstreckkonto:** Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die Wogezeit. Kolonellseite 35 Pf., bei Plakateinfach 40 Pf. Stellenangebote 10 Gels. Kolonellseite 25 Pf. Familiennachrichten von Privatden die Wogezeit. Kolonellseite mit 50% Nachsch. Reklamezeitung 2 M. Inserate v. usw. die Wogezeit. Kolonellseite 40 Pf. bei Plakateinfach. 50 Pf. Reklamezeitung 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbeiträge nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Nieder mit dem Faschismus!

Der 7. Oktober

Aufruf des österreichischen Parteivorstandes

SPD Wien, 4. Oktober. (Radio.)

Der sozialdemokratische Parteivorstand erläßt einen Aufruf, worin er feststellt, daß die Entschlossenheit, dem provokatorischen Aufmarsch der Heimwehrschützen im roten Wiener-Neustadt eine machtvolle proletarische Kundgebung entgegenzustellen, ihre Wirkung getan habe. „Zuerst wollten die Faschisten eine Generalprobe für den Aufmarsch nach Wien veranstalten, jetzt soll es nur noch ein Werkbauaufmarsch sein. Der Sonntag muß zeigen, daß die Arbeiter entschlossen sind, jedem Einbruch des Faschismus eine unübersteigbare Mauer entgegenzustellen. Die Regierung steht völlig unter dem Diktat der Faschisten. Um so dringender ist es, den Ruf zu erheben: am Sonntag alle nach Wiener-Neustadt! Wir gehen nach Wiener-Neustadt nicht, um eine Schlacht zu schlagen, sondern um zu zeigen, daß die Arbeiter den Faschisten eine Mauer entgegenstellen können, die unvergleichlich größer ist als das Gefolge der Putzschützen. Gewalttätige Zusammenstöße müssen unbedingt vermieden werden. Die Hakenkreuzer auf der einen und die Kommunisten auf der andern Seite müßten aber Zusammenstöße provozieren. Deshalb erklären wir: Jeder, der gewalttätige Zusammenstöße provoziert, ist entweder ein feilschender Vursche oder ein Schurke. Wir erwarten, daß unsere tapferen Schutzbündler gegen alle Provokateure und Gerüchtemacher scharf und rücksichtslos einschreiten. Kommt in so ungeheurer Zahl, daß der Aufmarsch der Heimwehren zu einer kläglichen Blamage der Putzschützenführer wird. Haliet so feste Disziplin, daß der 7. Oktober zur Befreiung proletarischer Kraft und Selbstzucht wird und daß alle Provokationen an der Masse und inneren Kraft der Arbeiterklasse zerschellen.“

Nieder mit dem Faschismus, es lebe die Freiheit, es lebe die Sozialdemokratie!

Verhandlungen im Nationalrat

SPD Wien, 3. Oktober.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte am Mittwoch im Nationalrat folgende dringliche Anfrage ein:

„Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß die sogenannten Heimwehren zu einer ersten Gefahr für die demokratische Entwicklung der Republik und für den Frieden im Land geworden sind. Die Heimwehren sind allmählich zu faschistischen Formationen entartet, die immer offener mit dem gewalttätigen Umsturz der republikanischen Verfassung drohen. Diese Entwicklung hat selbstverständlich zur Folge, daß die verfassungstreue republikanische Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, gezwungen ist, sich gegen diese Gefahr zu wappnen. Angesichts der durch diese Entwicklung heraufbeschworenen Gefahren richten wir an die Bundesregierung die Frage, ob sie bereit ist, Verhandlungen mit den parlamentarischen Parteien über die innere Abrüstung einzuleiten.“

In seiner Begründung führte Dr. Renner aus, daß die Heimwehren illegale bewaffnete Organisationen seien, für die

Der Auswärtige Ausschuss

SPD Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags wurden am Mittwoch unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) die Genfer Verhandlungen erörtert. Im Eingang seiner Ausführungen gab Reichskanzler Müller dem Ausschuss davon Kenntnis, daß Dr. Stresemann wahrscheinlich schon Ende dieses Monats seine Amtsgeschäfte in vollem Umfange wieder aufnehmen könne. Der Reichskanzler gab dann eine Uebersicht über die Haltung der deutschen Delegation in Genf, berichtete insbesondere über die Einleitung und Durchführung der deutschen Räumungsaktion und stellte am Schluß seiner Ausführungen fest, daß die Genfer Verhandlungen einen Fortschritt gebracht hätten.

Anschließend sprach Staatssekretär v. Schubert im einzelnen über eine Reihe von Fragen die in den Genfer Verhandlungen eine Rolle gespielt haben. An die Ausführungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs schloß sich im weiteren Verlauf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine sehr ausgedehnte Diskussion, die wegen der vorgerückten Zeit nicht zu Ende geführt werden konnte. — Weiterberatung Donnerstag.

Zentrum gegen Volksbegehren

In der Germania wird offiziell mitgeteilt:

Die Zentrumspartei fordert ihre Mitglieder auf, an diesen Volksbegehren sich nicht zu beteiligen. Sie sieht in diesem Volksbegehren lediglich ein Mittel kommunistischer Parteitagitation, das nicht geeignet ist, eine sachliche Klärung der mit dem Panzerkreuzerbau aufgeworfenen Fragen herbeizuführen.

keine politische Partei die Verantwortung trage und die auch keine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung hätten. Geführt würden die Heimwehren von einem Hauptmann Pabst, einem im Deutschen Reich flehentlich verfolgten Hochverräter. Seine Tätigkeit führe zu einer Mazedonisierung Österreichs. Daher sei es Aufgabe aller Parteien, dieser Entwicklung zu steuern und für die Befriedung des Landes zu sorgen.

Während der Antwort des Bundeskanzlers Seipel kam es mehrfach zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Mehrheit und den Sozialdemokraten. Seipel führte u. a. aus, er habe die verschiedenen Beschuldigungen gegen Pabst gelesen, glaube sie aber nicht, denn wenn Pabst eine so gefährliche Persönlichkeit wäre, hätte Deutschland wohl dagegen Einspruch erhoben, daß er in Österreich eine so wichtige Rolle spiele. Die Beschuldigungen, die Renner gegen die Heimwehren richtete, seien nicht erwiesen. Auch der Bundeskanzler verlange, daß die Möglichkeit für öffentliche politische Äußerungen gegeben sei. Ablehnen müsse er es jedoch, daß eine Partei ein bestimmtes Gebiet als ihr Eigentum betrachte. Von vornherein habe er den Standpunkt eingenommen, daß die Heimwehrtätigkeit nicht verboten werden dürfe, weil Gegen-demonstrationen angelegt waren, und mit Straßenunruhen gedroht wurde.

Der zweite sozialdemokratische Redner, Dr. Bauer, sagte zur Rede des Bundeskanzlers, daß es noch niemals in einem Parlament vorgekommen sei, daß der Chef der Regierung offiziell eine Organisation wie die faschistischen Heimwehren in Schutz nehme. Geradezu unglaublich sei es jedoch, daß Seipel vom Regierungssitz aus den Blut und Pabst verteidigt habe. — Die Erregung, die im Hause während der ganzen Aussprache wiederholt zum Ausbruch kam, dauerte noch fort, als ein Mitglied des Landbundes das Wort ergriff.

Die Verständigung über den Aufmarsch

SPD Wien, 3. Oktober.

Am Mittwoch ist zwischen den Parteien über die Durchführung der beiden Aufmärsche in Wiener-Neustadt eine Verständigung zustande gekommen. Danach verpflichteten sich die Heimwehrverbände in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, und zwar von Mitternacht bis 8 Uhr früh, in Wiener-Neustadt einzutreffen und auf dem Rangierbahnhof außerhalb der Stadt auszufahren. Außerdem haben sie auf einem bestimmten Wege zum Turnplatz zu ziehen. Der Aufmarsch muß bis 9 Uhr erfolgen. Die Verbände des Republikanischen Schutzbundes treffen bereits am Sonnabend um 18 Uhr und um 24 Uhr mit Sonderzügen auf dem Hauptbahnhof in Wiener-Neustadt ein und marschieren von dort aus in ihre Quartiere. Am Sonntag versammeln sie sich um 8 Uhr auf verschiedenen Plätzen der Stadt.

Die Kundgebungen selbst sind so geordnet, daß am Vormittag die Heimwehr ihre Kundgebungen auf dem Hauptplatz abhält. Sie hat sich verpflichtet, ihre Kundgebungen gegen 11 Uhr zu beenden. Am Nachmittag findet dann die sozialdemokratische Kundgebung statt. Während dieser Aufmärsche und Kundgebungen wird eine neutrale Zone gezogen, die durch Sicherheitsorgane hermetisch abgeschlossen wird. Zwischen 11 und 12 Uhr tritt eine Pause ein, damit die Sicherheitswache ihre Aufstellung beenden und auch für Abklärung sorgen kann, um am Nachmittag die sozialdemokratische Kundgebung zu ermöglichen.

Der Heimtransport der Formationen des Republikanischen Schutzbundes erfolgt erst, wenn der letzte Zug mit Heimwehrenten abgegangen ist. Unter diesen Umständen dürften die Kundgebungen am Sonntag ruhig verlaufen.

Interpellation wegen des Marineabkommens

SPD Paris, 4. Oktober. (Radio.)

Zwei sozialdemokratische Abgeordnete sind von ihrer Fraktion beauftragt worden, die Regierung über das englisch-französische Marineabkommen zu interpellieren. Gleichzeitig wirft Leon Blum im Populaire die Frage auf, welches Ziel eigentlich die beiden Länder mit dem „Roman“ dieses Abkommens verfolgt hätten. Man habe doch von Anfang an gewußt, daß Amerika das Abkommen nie und nimmer annehmen werde. Wenn man sich trotzdem die Mühe gemacht habe, es zustande zu bringen, was habe man damit gewollt? Es gebe nur eine einzige Erklärung: vielleicht habe man gehofft, daß man in der Abklärungskommission des Völkerbundes, in der Amerika nicht offiziell, sondern nur durch einen Beobachter vertreten sei, einen Einheitsblock gegen Amerika zustande zu bringen und daß man damit Amerika zur Abrüstung zwingen könne. Daß diese Interpretation mancherlei Einwände zulasse, gibt Leon Blum durchaus zu und Ere Kowelle hat in seinen früheren Artikeln schon darauf hingewiesen, daß insbesondere Frankreich damit die englische Unterstellung für seine Vordrückungen und für seine Vormachtstellung im Mittelmeer gegenüber Italien sichern wollte.

Was die Veröffentlichung des Abkommens angeht, so glaubt der Marinemittler zu können, daß sie auf Wunsch der englischen Regierung erst nach den amerikanischen Wahlen vom 6. November erfolgen werde. England befürchte nämlich, daß, wenn die Veröffentlichung in das Wahljahr hineinfällt, sie zu Mißdeutungen und Entstellungen Anlaß geben könne.

Schlechte Sittennote

Das EKKI gegen die tschechischen Kommunisten

(Von unserem Prager Berichterstatter.)

J. B. Der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei geht es seit dem 6. Juli, dem Tage der verachteten Demonstration, die man als „Roten Tag“ bezeichnete, sehr schlecht. Die Partei wird von inneren Streitigkeiten darüber zerrüttet, wer nun eigentlich die Schuld an dieser Katastrophe trage, und es ist postlerisch zuzusehen, wie die Vorwürfe hin- und hergeheln. Während die Karlsbader Kreisleitung der KPC dem Zentralkomitee vorwirft, es sei anti-leninistisch, erwidert dieses wieder, die Karlsbader seien verkappte Trozkisten. In Preßburg wieder wurde gegen die alte eine neue Kreisleitung gewählt, welche nun die „richtige“ Politik machen soll, in Brünn ist fast kein Stein auf dem anderen geblieben und in Prag, wo man für politische Organisation überhaupt wenig übrig hat und sich lieber mit Fußball beschäftigt, wird die innere Krise der Partei von den dazu Befugten in einigen kleineren Kaffeehauszirkeln zu lösen versucht. Und weil die beste Methode, über eine schwierige Sache hinwegzukommen, darin besteht, daß man nach altösterreichischem Muster von etwas anderem redet, sind wieder zwei oder drei andere „Massenparolen“ ausgegeben worden. Damit soll die Aufmerksamkeit von der Katastrophe des Roten Tages abgelenkt werden.

Diesen Versuchen hat nun die päpstliche Kurie der kommunistischen Internationale ein recht scharfes Ende gesetzt. In einem umfangreichen „Offenen Schreiben an die Mitglieder der KPC“ teilt die Exekutive der kommunistischen Internationale ihren Standpunkt zu all diesen Dingen mit. Die verantwortlichen Parteimänner werden nicht gerade begeistert gewesen sein, als sie die schlechte Sittennote, die sie da erhalten hatten, auch noch abdrucken mußten. Aber wer zahlt, der besteht auch, und so blieb wahrscheinlich kein anderer Ausweg, als wie schon so oft zu tun und zu parieren.

Der mehr als vier Zeitungspalten füllende „Offene Brief“ läßt an der bisherigen Tätigkeit der KPC kein gutes Haar übrig. Sie habe zwar alle ihr aufgetragenen organisatorischen Umänderungen bewältigt, die trozkistische Abweichung glücklicherweise liquidiert und damit die Voraussetzungen für eine Volkshewisierung der Partei geschaffen. Durch den Ausbau des Zellenwesens sei die Partei immer mehr an die Massen herangekommen, sie habe in großen Kämpfen nicht nur zahlreiche indifferente, sondern sogar sozialdemokratische Arbeiter für sich gewinnen können. (Welche Kämpfe das waren, wird allerdings schamhaft verschwiegen.) Und nach all diesen Erfolgen plötzlich diese fürchterliche Katastrophe mit dem „Roten Tag“, der trotz einer geradezu bombastischen Aufmachung nur etwa 3000 gläubige Kommunisten aus der Provinz heranzockte, während die Prager Revolutionäre es vorzogen, aus ihren Häusern den Aufmarsch der vielen Tausende von Polizisten und Gendarmen zu betrachten und die naiveren Provinzler ihrem Schicksal überließen.

Die Exekutive warnt die KPC, diesen Mißerfolg oberflächlich und losgelöst von den anderen Ereignissen zu betrachten. Man müsse die Gründe tiefer suchen, und so werden sie denn gesucht. Die Partei leide an starken ideologischen Mängeln, der Ausbau der Partei sei formal geblieben, die Zellen seien passiv und nehmen keinen Anteil am politischen Leben. Die opportunistischen Elemente hätten sich starke Positionen bewahrt, auf dem Gebiete der Gewerkschaftstätigkeit arbeite man mit reformistischen Methoden, es werde nichts ernstliches gegen die Kriegsgefahr und den Faschismus unternommen, der nationalen und der Bauernfrage werde nicht genügende Beachtung geschenkt, vielmehr sei alles Sinnen und Streben der Partei darauf gerichtet, als legale Bewegung zu erscheinen und anerkannt zu werden. Sowohl Zentrale als auch lokale Parteinstanzen sind passiv, und man habe, wie ein Schreiben, sogar schon die Sozialdemokratie als eine Partei des Klassenkampfes zu werten begonnen. Die Wirkungen der Stabilisierung des Kapitalismus sind verkannt worden, man habe sich nicht darauf vorbereitet, daß sie Lohnkämpfe im Gefolge haben würde, und die Partei entwickle sich aus der Passivität immer mehr zum Opportunismus. Nun folgt ein langer Sündenzeiger, bei welchen Gelegenheiten die Partei versagte, und die Liste ist für wahr auf allen Gebieten, ob es sich nun um politische oder wirtschaftliche Aktionen handelt, lang genug. Wenn schon nichts anderes richtig gemacht wird, der Spiegheldienst von Prag nach Moskau scheint gottlob immer noch glänzend zu funktionieren. Das Ergebnis all dieser Abweichungen von der allein richtigen Linie, die indessen nur den Eingeweihten in Moskau bekannt zu sein scheint, sei nun, daß die Partei entschieden das Vertrauen der Massen verloren habe, die sich wie eine von den Führern verlassene Armee vorfänden, so daß die Hauptaufgabe darin bestehe, den verlorenen Kontakt mit den Massen so rasch wie möglich wiederzugewinnen. Zu diesem Zwecke müsse die Zusammensetzung der leitenden Organe verbessert werden, andererseits dürfe man aber die Grundlagen der Diskussion nicht durch neue Parolen verschieben, sondern müsse die alten Fehler erkennen, um von der opportunistischen Passivität zur bolschewistischen Aktivität überzugehen.

Thälmann wird also wahrscheinlich demnächst in der KPC leidtragende Kollegen bekommen und es hat auch schon ein recht lebhaftes Treiben eingesetzt, wer nun zur Leitung der